

ANTRAG

der Fraktion DIE LINKE

Lebensmittelverpackungen reduzieren

Der Landtag möge beschließen:

I. Der Landtag stellt fest:

Deutsche Haushalte produzieren jährlich 45 Millionen Tonnen Müll. Im Jahre 2015 betrug der Anteil an Verpackungsmaterial 18,1 Millionen Tonnen - im Jahre 2009 waren es noch 15 Millionen Tonnen. Zwar werden zwei Drittel des deutschen Haushaltsmülls recycelt, allerdings gibt die Entwicklung Anlass zur Besorgnis. So hält eine große Zahl der Verbraucherinnen und Verbraucher Lebensmittel für zu umfangreich verpackt.

II. Der Landtag fordert die Landeregierung auf,

1. sich auf Bundesebene für konkretere gesetzliche Vorgaben für Verpackungen einzusetzen,
2. unter Einbeziehung des Handels und der Produzenten für mehr Beratungs- und Informationsangebote zur Abfallvermeidung zu sorgen und
3. darauf hinzuwirken, das duale System mehr ökologisch auszurichten.

Simone Oldenburg und Fraktion

Begründung:

Vom 3. bis 5. November 2017 führte das Forsa-Institut im Auftrag des Bundesverbandes Verbraucherzentrale eine repräsentative Umfrage zu Verpackungsabfällen durch. Abgefragt wurden etwa die Einschätzung der Menge an Lebensmittelverpackungen, der Wunsch nach mehr unverpackten Lebensmitteln oder mögliche Einsparpotenziale bei Verpackungen. Hierbei waren 87 Prozent der Befragten der Meinung, dass Lebensmittel häufig unnötig viel Verpackung haben. Ebenfalls 87 Prozent wünschten sich mehr unverpackte Lebensmittel. Obst und Gemüse sowie To-Go-Produkte wurden als die Lebensmittel mit den größten Einsparpotenzialen gesehen. Mit 93 Prozent sahen die meisten Befragten die Produzenten bzw. Hersteller als diejenige Gruppe an, die den meisten Einfluss haben.

Am 1. Januar 2019 wird das neue Verpackungsgesetz in Kraft treten und die Verpackungsverordnung ablösen. Ziel des Gesetzes ist es, mehr Abfälle aus privaten Haushalten zu recyceln und Produzenten zu animieren, ökologisch vorteilhafte und recyclingfähige Verpackungen zu verwenden. Fachleute kritisieren, dass das neue Gesetz Schwachstellen aufweise, die einer Erfüllung des angedachten Ziels entgegenstünden. So sei die Marktüberwachung teilweise Herstellern und Handel selbst überlassen und es gebe etwa im Bereich der Mehrwegquote keine Sanktionen bei Verstößen.

Auch mit dem neuen Verpackungsgesetz sind Bemühungen hinsichtlich der Reduzierung von Verpackungsmaterial ausbaufähig. Verbraucherinnen und Verbraucher fordern diese Reduzierung und entsprechend ist auch der Landtag Mecklenburg-Vorpommerns in der Pflicht.